Nr. 193 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 5. August 1920

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

## Die Entwaffnung

Die Durchführung des Versailler Vertrages und vor allem die Bedingungen von Spa fordern von uns eine vollkommene Entwaffnung der Bevölkerung. Das hierzu erforderliche Gesetz, das gestern im Reichstag beraten wurde, müßte, so glaubt wohl jeder unpolitische Mensch, im Prinzip die Zustimmung aller Parteien finden, denn wer kann Interesse daran haben, daß ein Teil der Bevölkerung im Besitz von Waffen ist? Alle Parteien betonen, daß sie nur mit geistigen Waffen ihren Kampf führen wollen, alle behaupten, ihre Anhänger seien unbewaffnet. Also wer kann dem Entwaffnungsgesetz widersprechen? Die Unabhängigen haben es trotz allem getan und mit nicht geringem Kraftaufwand. Sie behaupten, das Gesetz richte sich nur gegen die Arbeiter. Wenn keine Ursache vorhanden ist, das Gesetz anzuwenden, dann ist jede Aufregung überflüssig. Sind die Unabhängigen tatsächlich ohne Waffen, so können sie sich über die Schärfe der Bestimmungen völlig beruhigen.

Das Gesetz ist nicht einseitig gedacht. Es will vielmehr etwas durchführen, was in jedem Staat die Voraussetzung für die gedeihliche innere Entwicklung ist. Die Dinge liegen indessen so, wie sie der Reichsminister des Innern Dr. Koch am 3. August im Reichstag darstellte. Deutschland gleicht einem dunklen Zimmer, in dem die Bewohner mit Dolchen in der Faust umherschleichen. Das ist ein unerträglicher Zustand. Wenn reaktionäre Kreise bis an die Zähne bewaffnet sind, so müssen ihnen die Waffen genommen werden. Wenn die Linksradikalen über Waffenlager verfügen, so sind sie aufzuheben. Lloyd George behauptete in Spa, daß in Deutschland noch drei Millionen Gewehre in der Hand der Bevölkerung seien. Das ist übertrieben, selbst wenn alle Schlüsselbüchsen und Schrotflinten eingerechnet werden. Lloyd George meint auch, er würde den Zustand, daß große Teile bewaffnet seien, nicht einen Tag dulden. In Spa hat Minister Dr. Simons den englischen Premier darauf aufmerksam gemacht, daß die gewaltsame Entwaffnung unbotmäßiger Elemente kein Kinderspiel sei. Lloyd George brauchte nur die Berichte aus Irland zu prüfen und er wird finden, daß im Vereinigten Königreich auch Waffen in der Zivilbevölkerung getragen werden.

Es ist sicher, daß in Deutschland die Zivilbehörden Arbeit bekommen, sobald das Entwaffnungsgesetz unter Dach und Fach ist. Allerdings ist nicht wünschenswert, daß Gewalt angewendet werden muß. Sie ist unnötig, sobald die einfache Aufforderung von Gesetzes wegen zu dem Erfolg führt, der beabsichtigt ist. Weder die Linke noch die Rechte dürfen über die Ausrüstung verfügen, um zur gegebenen Zeit die Döberitziade zu wiederholen. Gerade weil der Reichstag soeben ein Amnestiegesetz beschlossen hat, muß das Reich nunmehr zu einer unbedingten inneren Sicherung gelangen. Trotzdem rufen die Unabhängigen in Berlin zu einer Massenkundgebung auf. Am 4. August sollen die Berliner Arbeiter im Lustgarten gegen das „Ausnahmegesetz" Einspruch erheben. Es ist kein Ausnahmegesetz, da die unmittelbare Ursache an sich ein Gebot des Vielverbandes ist, und läge diese nicht vor, dann hätte jede Regierung die Pflicht, nachdrücklichst die Entwaffnung der gesamten Bevölkerung durchzuführen.

Deutschland will und soll ein Rechtsstaat sein, dessen Grundsatz die Demokratie ist. Es steht jeder Partei, jeder politischen Meinung frei, die Massen durch Rede und Schrift für sich zu erobern, aber es darf keiner Partei, keiner Gruppe einfallen, zu versuchen, sich mit den Mitteln der Gewalt der Führung des Staates zu bemächtigen. Darum braucht niemand im Deutschen Reich Waffen außer der Reichswehr und den andern Sicherheitsorganen. Die Unabhängigen haben sich zur Diktatur des Proletariats bekannt. Sie wollen die Eroberung der politischen Macht nicht durch den Stimmzettel erzwingen. Soll das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, schreckt es auch vor den äußersten Mitteln nicht zurück. Zwar behaupten die Unabhängigen, daß sie zunächst Gewaltmittel nicht anwenden wollen, das steht aber im Widerspruch dazu, daß sie grundsätzlich die dritte Internationale in Moskau nicht ablehnen. Die Leipziger Richtlinien wissen nichts von dieser Ablehnung, ganz abgesehen davon, daß ein Teil ihrer Führer, wie Däumig, schon halbwegs Moskau angelangt sind. Soll also das taktische Verhalten der Unabhängigen einen Sinn haben, so kann es nur der sein, sich vor der Entwaffnung zu schützen. Eine solche Ausnahme kann und darf nicht zugestanden werden. Wir wollen vor Putschen von rechts und links sicher sein. Nur die friedliche Demokratie vermag uns aufwärts und vorwärts zu führen.

### Vor der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln und Fleisch

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages behandelte wiederum Fragen der Zwangswirtschaft. Der vom Zentrum eingebrachte Antrag, bei Aufhebung der Zwangswirtschaft von Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern zu schaffen, wurde einstimmig angenommen. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayrischen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde mit 16 Stimmen gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen, den Kartoffelpreis auf 15 M. für den Zentner festzusetzen, sowie ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten auf 20 M. für den Zentner wurde abgelehnt.

Hierauf wurde in die Beratung der Verhältnisse in der Viehwirtschaft eingetreten. Reichsminister Hermes äußerte gegen die verlangte Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch Bedenken. Die Fleischzwangswirtschaft in Süddeutschland sei zwar kaum zu halten. Der Abbau sollte aber in einzelnen Ländern nicht vorweg, sondern in Gemeinschaft vorgenommen werden. Mit den Ministern der einzelnen Länder sei nunmehr darüber Einvernehmen erzielt worden.

Schließlich wurde über die geschäftliche Handhabung der angenommenen Anträge gesprochen und Uebereinstimmung darüber erzielt, daß die Regierung zunächst dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung vorzulegen habe und dann der Ausschuß für Volkswirtschaft Mitte August darüber erneut Beschluß zu fassen habe.

## Der Krieg im Osten

### Abbruch der Verhandlungen

Die Waffenstillstandsverhandlungen der Polen und Russen haben eine Unterbrechung erfahren, über deren Grund noch keine vollkommene Klarheit herrscht. Eine Anzahl von Meldungen begründet den vorläufigen Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen damit, die Russen hätten die Absicht geäußert, mit diesen Verhandlungen zugleich die Erörterung des Friedens zu verknüpfen und hierzu müßten sich nun die polnischen Gesandten erst die Ermächtigung einholen. Nach einer Wiener Meldung der „Wossischen Zeitung" funkte die polnische Waffenstillstandskommission dem polnischen Minister des Aeußern aus Moskau, daß die Vertreter des Sowjet-Kommandos in Baranowitschi ihr mitgeteilt hätten, daß die Sowjet-Regierung nicht nur den Waffenstillstand, sondern auch den Frieden verhandeln solle. Diese erweiterten Verhandlungen sollten am 4. d. M. in Minsk beginnen. Da die polnische Waffenstillstandsabordnung keine ausreichenden Vollmachten für die Friedensverhandlung besaß, erbaten die Sowjet-Delegierten entweder eine Erweiterung der polnischen Vollmachten oder das Eintreffen neuer mit neuen Vollmachten ausgerüsteter Delegierten.

Die polnische Regierung wurde durch den russischen Vorschlag unangenehm überrascht. Sie läßt durch ihr Pressebureau dazu folgendes sagen: „Der 4. August als Datum des Beginns der Friedensverhandlungen ist unmöglich. Denn eine mit so weitgehenden Vollmachten versehene Delegation könnte mit ihren Vorbereitungen weder bis zur geforderten Zeit fertig werden, noch beim Fehlen der Verkehrsmöglichkeiten nach Minsk gelangen. Uebrigens muß die Regierung vor Entsendung der neuen Delegation den Bericht der vorhergehenden entgegennehmen."

Man liest aber, wie die folgende Depesche zeigt, auch anders über den Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen:

**Genf, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Der Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und Rußland wird in einer Moskauer Depesche auf unerfüllbare Forderungen der Sowjet-Regierung zurückgeführt. Frankreich kann eine Festlegung von Friedensbedingungen, die ihm vorher nicht bekanntwerden, in einem Waffenstillstandsvertrag nicht anerkennen.**

Ueber diese „überzogenen"

**Forderungen der Russen**

liegen bis jetzt jedoch noch keine Meldungen vor. Man begnügt sich vorläufig damit, die Welt durch Veröffentlichung negativer Bedingungen der Polen erraten zu lassen, was die Sowjets angeblich fordern wollen. So meldet ein Bericht aus Warschau übereinstimmend mit einem vor einigen Tagen bereits erwähnten Telegramm: Der stellvertretende Ministerpräsident Daszinski erklärte, daß die Bedingungen, zu denen die polnische Waffenstillstands-Delegation in Baranowitschi festhalten werde, die folgenden sind:

1. Die Polen geben den Bolschewisten nicht das geringste Recht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes.
2. Eine Entwaffnung findet in keiner Form statt.
3. Die Demarkationslinie wird die von Lloyd George festgelegte sein. Die Polen werden jedoch auch eine Linie annehmen, die durch die Stellung der Truppen zur Zeit der Unterzeichnung der Uebereinkunft markiert wird. Eine Hauptbedingung für den Friedensschluß bedeutet die Unberührtheit des polnischen Staates, ferner das Selbstbestimmungsrecht für die Länder, die zwischen Polen und Rußland liegen. Eine Sowjetregierung in Polen ist unmöglich.

Der Ton dieser Bedingungen scheint etwas allzu sicher, wenn man noch folgendem

**die Lage Warschaus**

sich näher betrachtet:

**Genf, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" teilt mit: Die Lage an der polnisch-russischen Front ist nach der Auffassung der Ententevertreter in Warschau voll höchster Gefahr. Die polnische Heeresleitung hat am Montag abend den Gefahrenzustand in Warschau erklärt. Ostrolenka ist nur noch wenige Tage zu halten, da es im Westen von den Russen umgangen ist.**

K. Königsberg, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Nowogorod, westlich von Lomza, ist am Dienstag nachmittag 4 Uhr von den Russen besetzt worden. Der Einzug erfolgte, während die Polen noch die Stadt verteidigten. Die polnische Armee geht auf Ostrolenka zurück.

W. Wien, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Das „Volksblatt" meldet: Dienstag früh standen die bolschewistischen Vortruppen nur noch 80 Kilometer von Lemberg entfernt, nachdem sie am Vormittag Krasno genommen hatten.

Basel, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach Warschauer Meldungen des New-Yorker „Herald" ist die Lage um Warschau außerordentlich kritisch. Die Russen stürmen im Norden der Festung mit aller Kraft vor. Auch von Osten rücken Abteilungen heran. Warschau kann von den Polen nicht gehalten werden.

In Wirklichkeit ist die Lage der Polen also nicht dazu geeignet, noch sehr viele Bedingungen zu machen. Sie täten im Gegenteil wohl gut daran, bescheidener und nüchtern zu werden. Wenn der Feind vor den Toren der Hauptstadt steht, ist kein Grund mehr vorhanden, sich allzusehr in die Brust zu werfen. Doch die Polen verlassen sich auf

**die Hilfe der Alliierten,**

die bis jetzt zwar noch nicht wirksam geworden ist, aber von der um so mehr geredet und über die, wie folgende Telegramme zeigen, noch mehr gedrahtet wird:

kg. Rotterdam, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) **Die „Times" melden: Im Unterhaus teilte Lloyd George mit, für Polen seien mehr als 500 schwere Geschütze der Alliierten unterwegs und zum Teil schon an der Front tätig. Die Bolschewisten müßten einsehen, daß sie niemals Polen und den Alliierten ihre Friedensbedingungen aufzwingen könnten, auch dann nicht, wenn sie Warschau besetzen sollten.**

+ Breslau, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) **In Oberschlesien eingetroffene französische Meldungen besagen, daß die Franzosen umfassende Vorbereitungen zur Hilfeleistung für Polen treffen. In Besançon, Belfort und Straßburg stehen große Truppentransporte, darunter auch Kolonialneger, zum Abtransport bereit. Bisher wurden die Transporte über Salzburg, Prag und Oberberg geleitet. Wie verlautet, sind 9000 französische Eisenbahnbeamte und Arbeiter zur Verwendung im Ausland bereit gestellt worden.**

W. Luxemburg, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Die „Luxemburgische Volkszeitung" teilt mit, daß das in Luxemburg garnisonierende französische Jägerbataillon den Befehl erhalten habe, sich zum Abtransport nach Polen bereit zu halten.

T. Wien, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Die „Wiener Allg. Ztg." erfährt aus Budapest, daß der Führer der Ententemission, der französische General Hamelin, eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Teleky hatte, in der es sich um die Reise des Generals nach Preßburg und dessen Zusammenkunft mit General Pellé handelt. Die Zusammenkunft der beiden Generale wird mit dem Vorrücken der Sowjet-Armee in Zusammenhang gebracht.

Aus dem letzten Telegramm geht hervor, daß die Entente sich bemüht, auch noch andre Hilfstruppen für Polen zu werben. Diese Vermutung wird bekräftigt durch eine Meldung der „Daily Mail", nach der England Verhandlungen mit der rumänischen und südslawischen Regierung angeknüpft hat, um zu erreichen, daß die beiden Länder angesichts des drohenden bolschewistischen Einflusses die Mobilmachung anordnen und Hilfstruppen zur polnischen und ukrainischen Armee entsenden. — Die fünfhundert Kanonen, die Lloyd George verspricht, und die rumänisch-ungarisch-südslawischen Hilfstruppen müssen sich unsres Erachtens beeilen, wenn sie noch rechtzeitig zum Einmarsch der Russen in Warschau eintreffen wollen. Viel besser täte die Entente daran, auf friedlichem Wege, durch eine Revision aller Friedensverträge, die Beilegung des ewigen, europäischen Krieges zu versuchen. Mit Hilfstruppen und Kanonen kann Europa nicht mehr geholfen werden, sonst wären wir schon längst aus aller Not.

•

### Sie jammern

London, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" schreiben: **Die Verhandlungen in Baranowitschi sind abgebrochen und es ist sicher, daß die Bolschewisten Polen zerstören wollen und das dann Frieden nennen. Polen ist in Todesgefahr infolge der inneren und äußeren Feinde. Wenn Polen unterliegt, wird die Gesamtstruktur Mitteleuropas bis in ihre Grundfesten erschüttert werden. Der „Matin" wirft der britischen Regierung vor, bei dieser Lage blind und taub zu sein. Die „Times" unterstützen, wie gewöhnlich, die französischen Blätter und erklären es für sehr begreiflich, wenn man in Frankreich über gewisse Arrangements ungehalten sei. Nachdem es erwiesen, daß die englische Haltung nicht einwandfrei sei, dürfe man sich über die französische Kritik nicht wundern, es sei jedoch jetzt nicht an der Zeit, die Bande der Entente zu lockern, vielmehr müsse man sie fester zu knüpfen versuchen.**

•

### Oesterreichische Abordnung für Rußland

T. Wien, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Mehrere Zeitungen veröffentlichen die Nachricht, daß Deutschösterreich die Entsendung einer diplomatischen Vertretung nach Moskau beabsichtige, da die Sowjetregierung ihrerseits einen Vertreter nach Wien geschickt habe. Zum Führer der deutschösterreichischen Vertretung sei der sozialdemokratische Leiter der Pressabteilung des Staatsamtes für Auswärtige Angelegenheit Dr. Otto Pohl bestimmt. Wie ich höre, bestand zwar diese Absicht, indessen ist noch kein endgültiger Beschluß darüber gefaßt worden. Dr. Otto Pohl würde sich in der Hauptsache in Moskau mit der Beschleunigung des Kriegsgefangenenrücktransportes zu befassen haben, da auch der Sowjetvertreter in Wien, Dr. Warszawski, offiziell nur für die Behandlung der Gefangenenfrage delegiert wurde.

•

### Ausweisung eines Franzosen

Ein Funkspruch aus Rußland meldet vom 3. d. M., daß der französische Abgeordnete Ernest Lafont und Gemahlin auf Befehl Trotzkijs aufgefordert wurden, Rußland zu verlassen. — Zur Ausweisung Lafonts sagt der „Temps": Trotzkij warf Lafont vor, mit der französischen Militärmission in Warschau in Verbindung gestanden und der russischen Regierung unrichtige Angaben gemacht zu haben.

## Ungarns militärisch-politische Pläne

Von unserm kd.-Mitarbeiter

Wien, 1. August

Aus Ungarn kommen auffällige Nachrichten. Es findet dort eine teilweise Mobilmachung statt. Der Ministerpräsident Graf Teleki behauptet zwar, daß die Einberufungen nur einen „Stoffwechsel der Armee" und keine Mobilmachung bedeuten, er gibt aber ausdrücklich zu, daß „vorsichtshalber gewisse Maßnahmen" erfolgen. Andre Berichte besagen, daß die Einberufung von Reservoffizieren als kriegsvorbereitende Maßregel zu werten sei.

Gestützt wird diese Auffassung durch Auseinandersetzungen, die in der letzten Nummer des Wochenblattes „Magyar Külpolitika" („Ungarische Außenpolitik") enthalten sind. Diese Zeitschrift ist das Organ der „Gesellschaft für auswärtige Politik" und wird mit Unterstützung des Budapester Außenministeriums herausgegeben. Einer der Leiter dieser Gesellschaft ist der derzeitige ungarische Ministerpräsident und Außenminister Graf Telekt, und in dem Gesellschaftsorgan (Nr. v. 25. Juli) ist zu lesen, daß Ungarn Polen gegen Sowjetrußland nicht beispringen könne, weil es im Falle des Sieges sich mit Deutschland verfeinden würde, das Polens Schwächung wünscht, im Falle der Niederlage aber vereinsamt und verlassen dastünde. Wohl aber sei der „österreichische Giftkelch" bis zum Ueberlaufen voll, und mit einer „guten ungarischen Division" kann Wien von dem „roten Terror" befreit werden; ist dies geschehen, so sei der Zusammenbruch der Tschecho-Slowakei unvermeidlich. Von Südslawien habe Ungarn nichts zu fürchten, da Italien es im Zaume hält, und Rumänien sei kein Hindernis, da es mit den Russen und Szeklern genug zu tun habe.

Man sieht daß Ungarn weitreichende Pläne hat, die für die Ruhe Mitteleuropas nicht ungefährlich sind. Es glaubt auch die erforderlichen Mittel zur Durchsetzung dieser Pläne zu besitzen, und als wesentlicher Faktor dabei gelten die militärischen Formationen, die auf ungarischem Boden aus österreichischen Staatsangehörigen gebildet wurden. Schon Anfang Juni wurde an dieser Stelle auf die aus ehemaligen österreichisch-ungarischen Offizieren und unter falschem Vorgeben in Oesterreich angeworbenen Mannschaften (es hieß, daß man die Leute zum Feldbau verwenden wolle) zusammengesetzte „Oesterreichische Legion" in Zalaszentgrót hingewiesen. Jetzt heißt es, daß Teile dieser Legion bei dem letzten Raubeinfalle in Oesterreich und der Plünderung des Fürstenfelder Waffendepots am Werke waren. Der Raubzug soll so eine Art „Probevorstellung" gewesen sein, um die eigentliche Ausführung eines militärisch-politischen Einfalles in Oesterreich vorzubereiten.

Hält man diese Vorgänge mit den oben erwähnten Aeußerungen eines autoritativen Organs einflußreicher ungarischer Kreise zusammen, so wird man begreifen, daß es sich um sehr ernste Dinge handelt, an denen nicht Oesterreich allein, sondern auch Deutschland interessiert ist, das dem Schicksale Oesterreichs die größte Teilnahme entgegenbringt. Aber auch die Entente hat allen Grund, auf der Hut zu sein, denn was Ungarn plant, kommt einem völligen Umsturz der Verträge von St.-Germain und Neuilly gleich. In der Tat hört man, daß sich Vertreter der Entente zur Untersuchung nach Fürstenfeld begeben haben. Nur handelt es sich nicht um diesen Raubzug allein, sondern um die Pläne, von denen jener Raubzug nur ein eklatantes Symptom unter vielen wäre.

### Der Prozeß gegen die Mörder Tiszas

In Budapest hat der Prozeß gegen die Mörder des ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Tisza, die dem Militärstande angehören, vor dem Divisionsgerichte begonnen. Die dem Zivilstande angehörenden Angeklagten werden sofort nach Beendigung der auf fünf Wochen berechneten Verhandlungen vor dem Divisionsgerichte dem Zivilstrafgerichte vorgeführt.

Die Anklageschrift behauptet, daß es Josef Pogany gewesen ist, der den ersten Schuß auf den Grafen abgegeben hat, Horvat-Samovitsch den zweiten, worauf der unter den Angeklagten befindliche Marinefeldwebel Stephan Dobo, der einer der drei bei dem Grafen Tisza Eingedrungenen war, die Meldung über die Vollbringung des Mordes bei den Auftraggebern erstattete. Unter den Begleitern der Mörderbande, die in zwei Automobilen bei der Villa des Grafen vorgefahren war, war auch der Angeklagte Oberleutnant Alexander Hüttner, der zuerst vernommen wurde.

Seine Aussagen beschuldigen den ehemaligen Ministerpräsidenten Stephan Friedrich, an allen Beratungen im Oktober 1918, in denen die Ermordung Tiszas besprochen wurde, teilgenommen, ja ihn, den Angeklagten, geradezu zu der Tat aufgefordert zu haben. Der Angeklagte behauptet, daß der Plan des Mordanschlages gegen Tisza schon im Sommer 1918 von der Friedrichschen Maschinenfabrik aus beschlossen worden sei. Als Hüttner sich gesträubt habe, habe Friedrich angeblich gesagt, er werde selbst mit Bauern die Tat verüben. Noch in einer der letzten Beratungen am 30. Oktober habe Friedrich erklärt, daß er die geeigneten Leute dazu habe.

### Kriegsgefangene als Sklaven verkauft

* Paris, 4. August. Frithjof Nansen, der im Auftrage des Roten Kreuzes die russischen Kriegsgefangenenlager besuchte, erklärte im Rat des Völkerbundes in San Sebastian, daß von den 200 000 in Turkestan internierten gewesenen Kriegsgefangenen nur 70 000 in ihre Heimat zurückgeschickt worden sind. Die übrigen 130 000 Mann seien entweder tot oder als Sklaven an den Emir von Buchara verkauft worden. In Ostsibirien befinden sich nach dem Bericht Nansens weitere 200 000 Kriegsgefangene, die noch immer auf ihre Heimsendung warten. Der Rat des Völkerbundes beschloß in direkte Verhandlungen mit der Sowjetregierung wegen des Rücktransportes der Kriegsgefangenen zu treten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200805/1